

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

## Parteipolitik.

Es ist notwendig, über das Schlagwort „Parteipolitik“, die dem Verband von ein paar Leuten zum Vorwurf gemacht wird, einiges zu sagen.

Es gibt Menschen, die derart in die Parteipolitik verstrickt sind, daß sie alles das, was von ihren Mitmenschen unternommen wird, als Parteipolitik betrachten und nur vom Standpunkte der Parteipolitik aus sehen. Wahrscheinlich sind sie deswegen dieser Ansicht, weil sie von der fixen Idee behaftet sind, daß sich andere Menschen von den gleichen Motiven leiten lassen, von denen sie selbst geleitet sind.

Das ist die erste Gruppe derjenigen, die uns einer parteipolitischen Orientierung bezichtigen, ohne hiefür konkrete Beweise liefern zu können. Wahllos wird einfach jedes Wort, das im Kampfe um unsere Forderungen gegen die Regierung gesagt wird, als parteiische Stellungnahme gewertet. Ja, wir können doch nicht ein Loblied anstimmen, weil die Regierung die Kriegssopfer so vernachlässigt. Täten wir das, würde uns von einer anderen Seite sicherlich der Vorwurf gemacht werden, daß wir Verrat an der Invalidenschaft begehen und mit der Regierung unter einer Decke spielen. Darum: „Jeden Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann,“ auch ein Landesverband der Kriegsinvaliden nicht.

Die zweite Gruppe, die uns Parteipolitik vorwirft, sind jene Menschen, die aus persönlichem Ehrgeiz eine Rolle spielen möchten. Jedoch fehlt ihnen vor allem die hiefür notwendige Veranlagung, um sich in einer Bewegung durchringen zu können; zumindestens ist es ihnen versagt, auf eine längere Dauer führend zu wirken, weil es ihnen eben an den notwendigen Fähigkeiten mangelt. Diese Gruppe ist nun unter allen Umständen bemüht, neue Organisationen zu gründen, um als „Führer“ obenauf zu sein. Sie können sich nicht einfügen in die große Masse derer, die wissen, was sie wollen, und die auch Disziplin halten können, im Interesse der Gesamtheit der Kriegssopfer. Infolge Fehlens jeder Voraussetzungen, die unbedingt notwendig sind, eine Organisation zu gründen und zu leiten und mit sachlichen Motiven Mitglieder zu gewinnen, verlegt man sich auf das Schlagwort Parteipolitik. Mit aller Demagogie, die geradezu das Arsenal dieser Menschen bildet, sind sie bemüht, unter dem Titel, daß die anderen Organisationen parteipolitische Heze betreiben, ihre Reihen aufzufüllen. Daß es immer wieder Leute gibt, die auf diesen Kohl hineinfallen, ist nicht Wunder zu nehmen, denn gegen die Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens. Aber gerade das, was sie als Grund vorgeben, aus der großen Organisation der Kriegssopfer ausgetreten zu sein, die Politik, wird von ihnen übernommen. Es ist die Tragik dieser Sorte von „Führern“, daß sie, die nicht die nötigen Talente und mitunter auch nicht den passenden Charakter besitzen, den Parteipolitikern in die Hände fallen. Man leugnet es zwar, daß man irgend eine Politik betreibt, doch kann man mit den Argumenten, die da angewendet werden, höchstens einige Querulanten betäuben, vernünftig denkende Menschen wird man jedoch nicht verwirren können.

Wir betonen nochmals, daß wir unsere unpolitische Basis nie verlassen haben und auch nicht verlassen werden. Wenn wir in Wahrung der Rechte der Kriegssopfer manchmal Wege beschreiten müssen, die vielleicht dieser oder jener Partei nicht zusagen, so können wir natürlich nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn dieser

Weg auch der Weg einer Partei ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Leidenden und Bedrängten beizustehen. Und wer leugnet es, daß gerade die Kriegssopfer in ihrer überwiegenden Mehrheit der ärmsten Schichte der Bevölkerung angehören? Uns deswegen einer parteipolitischen Stellungnahme zu bezichtigen, kann höchstens von Ignoranten unternommen werden.

Schließlich muß auch noch auf die „Nie wieder Krieg“-Bewegung hingewiesen werden, die ebenfalls zum Anlaß genommen wird, uns einer parteipolitischen Orientierung zu verdächtigen. Vor allem sei festgestellt, daß wir in voller Unabhängigkeit zu irgendwelchen politischen Parteien der „Internationale der Kriegssopfer“ beigetreten sind, die es sich als ideale Aufgabe zur Pflicht gemacht hat, den Krieg zu bekämpfen mit allen Mitteln, die gesetzlich zulässig sind. Wer kann behaupten, daß die Parole „Nie wieder Krieg“ eine Parteiparole sei? Diese Behauptung würde ja nichts anderes sagen, als daß die Parteien, die diese Parole nicht aufgestellt haben, für den Krieg seien! Wir sind aber der Meinung, daß alle Menschen — mit wenigen Ausnahmen — gegen den Krieg sind, und darum auch mit der „Nie wieder Krieg“-Bewegung einverstanden sein können, ohne darinnen eine parteipolitische Handlung zu erblicken. Dieser Bewegung gehören nicht nur sozialdemokratische Vereinigungen an, sondern eine ganze Reihe von bürgerlichen pazifistischen Organisationen dienen dieser großen und schönen Aufgabe. Eine Reihe auserlesener Geister Europas sind für diesen hehren Gedanken in Wort und Schrift unermüdlich tätig und da wagt man es, diese Idee als Parteipolitik hinzustellen. Es sollte doch wahrlich niemanden geben, der aus diesem Grunde eine Opposition treiben will. Gerade die Kriegssopfer haben alle Ursache, den Krieg zu bekämpfen, weil sie an den Folgen des Krieges am meisten zu leiden haben. Oder will ein Vater, der den Krieg mitmachen mußte und dabei seine Gesundheit oder seine Glieder einbüßte, haben, daß seine Söhne von dem gleichen Schicksal ereilt werden? Wir meinen, daß es einen solchen Unmenschen als Vater nicht geben kann. Und wenn diese Ungeheuerlichkeit vorkommen sollte, kann dieser Gedankengang nur einem verwirrten Gehirn entspringen. Mit dieser Argumentation ist es also nichts und bleibt nur ein schwerer Verdacht gegenüber einer solchen übrig, nämlich der, daß den Vertreter dieser Argumente ein Krieg unter Umständen erwünscht wäre.

Die ganzen Anschuldigungen wegen der parteipolitischen Haltung des Verbandes brechen bei näherer Betrachtung in sich selbst zusammen und ergeben schließlich kein anderes Resultat, als daß diejenigen, die uns den Vorwurf der Parteipolitik machen, selbst am meisten parteipolitisch orientiert sind. U. W.

## Versehiedene Mitteilungen.

### Reiseauslagen und Verpflegsbeihilfe.

In einem an alle Bezirkshauptmannschaften gerichteten Erlaß macht die J. E. K. Linz aufmerksam, daß manche Kriegsinvalide anlässlich von Ansuchen um neuerliche Begutachtung eine Reise zur Bezirkshauptmannschaft oder zur Gemeinde unternehmen und hiefür die Reiseauslagen und Verpflegsbeihilfe beanspruchen. Die auf eine solche Art erwachsenen Auslagen können jedoch von der J. E. K. nicht ersetzt werden. Der Ersatz beziehungsweise Ausfolgung solcher Gebühren erfolgt ausschließlich nur dann, wenn eine Vorladung von Seite der J. E. K. vorliegt.

# Kriegerwaisen kommt alle zur Antikriegsfundgebung!